

**ANDREAS
MATTFELDT MdB**

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL**Liebe Freunde,**

diese Woche waren wieder einige Themen auf der politischen Agenda im Bundestag. Seit dem Start der neuen Bundesregierung mehr sich die Arbeit zu energiepolitischen Themen gefühlt wöchentlich bei mir. Eine Panne jagt mittlerweile die nächste bei der Arbeit des zuständigen Ministers Habeck. Während sich dieser in Brasilien ablichten lässt, herrscht beim LNG-Projekt Chaos und auch das neue Gebäudeenergiegesetzes mit dem abrupten Verbot von fossilen Heizungsanlagen verspricht ein Rohrkrepler zu werden. Dazu später mehr.

Deutlich erfreulicher ist aber der zweiwöchentliche Besuch meiner Praktikantin Erike Hahn, die mich und mein Team in dieser Zeit tatkräftig unterstützt. Dazu hatte ich die Freude zwei Klassen aus Ottersberg im Bundestag zu begrüßen und

habe überraschend eine kleine Leihgabe für mein Büro erhalten.

Mehr hierzu und zu weiteren Themen finden Sie wie gewohnt in den verschiedenen Rubriken.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Hertzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE

Andreas Mattfeldt MdB mit Erike Hahn

Erike Hahn stellt sich vor

Liebe Leserinnen und Leser,

mein Name ist Erike Finja Hahn und ich absolviere derzeit mein Praktikum im Bundestag bei Herrn Mattfeldt. Ich komme aus dem Landkreis Verden und bin 16 Jahre alt. Zurzeit besuche ich das Gymnasium am Markt in Achim und gehe in die 11. Klasse. In meiner Freizeit lese, backe, shoppe ich gerne und verbringe viel Zeit mit meinen Freunden. Außerdem bin ich seit 10 Jahren beim Leistungsschwimmen und nehme an Wettkämpfen teil.

Ich bin ein sehr aufgeweckter, neugieriger und offener Mensch und lasse mir keine Möglichkeit entgehen, etwas Neues zu lernen und Erinnerungen zu sammeln.

Für das elfte Schuljahr ist für die Schülerinnen und Schüler meiner Schule ein zweiwöchiges Praktikum vorgesehen. Da ich ein großes Interesse für die Arbeit im Bundestag habe und einen Einblick in die Berufe bekommen wollte, habe ich mich beim Büro Mattfeldt beworben.

Mit meiner Oma bin ich für 2 Wochen in Berlin und erkunde nach Feierabend mit ihr die Stadt, treffe Freunde oder mache Fahrten nach Potsdam.

Ich startete am Montag meinen ersten Tag bei Herrn Mattfeldt sehr aufgeregt und voller Vorfreude. Ich habe das Glück, zusätzlich am Praktikantenprogramm der CDU teilnehmen zu können. Am Dienstag bekamen ein paar andere Praktikanten und ich im Rahmen dieses Programms eine Führung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin. Am nächsten Tag stand eine Diskussionsrunde mit Herrn Friedrich Merz an. Wir konnten Fragen stellen und er hat sich mit unseren Themen und Fragen auseinandergesetzt und sie ehrlich beantwortet. Die erste Woche ist jedoch auch eine Sitzungswoche, weshalb manche Tage sehr stressig waren. Ich durfte bei Sitzungen des Petitionsausschusses dabei sein. Es war sehr interessant, solche Einblicke zu bekommen und zu sehen, wie manche Themen bearbeitet werden und welchen Standpunkt die einzelnen Parteien vertreten. Nun stehen noch Schulklassenführungen und ein paar Programme vom Praktikantenprogramm der CDU an. Darunter eine Sonderveranstaltung des ZDF und eine Diskussionsrunde mit Jasmin Jovan und Hero Warring. Des Weiteren ist die nächste Woche sitzungsfrei, in der ich dann weitere und neue Einblicke in die Arbeit hier bekomme. Ich freue mich auf die zweite Woche hier und bin gespannt, was ich alles noch lernen werde.



Andreas Mattfeldt MdB mit Sebastian Fischer

Das Orion European Service Modul (ESM) in meinem Büro

Was für eine großartige Überraschung! Sebastian Fischer, mein ehemaliger Mitarbeiter, kam mit einem Koffein in meinem Büro im Deutschen Bundestag vorbei. Im Gepäck eine Überraschung: ein Modell des Orion European Service Moduls (ESM) von Airbus – als Leihgabe (!) versteht sich.

Das ESM erinnert uns beide nicht nur an eine mehrjährige Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss – der „deutsche An-

teil“ wird aus dem Einzelplan des Bundeswirtschaftsministeriums finanziert, den ich betreue. Mit dem ESM soll es für die Menschheit zurück zum Mond gehen! Dabei kommt dem Modul eine unverzichtbare Schlüsselrolle zu. Das Artemis-Raumtransportsystem besteht im Wesentlichen aus Orion, dem Crew-Modul der NASA, und dem ESM, der Service-Einheit der ESA (European Space Agency), das größtenteils in Bremen gebaut wird. Im ESM sitzen das Haupttriebwerk, die Tanks für Treibstoffe und die „lebenserhaltende Klimaanlage“ für Crew und Fracht. Oder kurz: Ohne dieses 13-Tonnen-Gefährt hebt niemand ab; auch die NASA nicht!

THEMEN DER WOCHE**Deutliche Defizite bei der Planung der LNG-Terminals.**

Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesminister Dr. Robert Habeck hatten öffentlichkeitswirksam immer wieder den schnellen und effizienten Bau der LNG-Terminals beworben. Im Haushaltsausschuss haben wir ganz genau auf die damit verbundenen Ausgaben geschaut und Berichte dazu angefordert. Anfang März hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) dann einen Bericht veröffentlicht, in dem unter anderem auf unsere Versorgungssituation und den Planungsstand der LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Stade, Brunsbüttel und Lubmin eingegangen wird. Am 14. März kam über den Haushaltsausschuss dann eine neue Vorlage des BMWK, in dem bekannt gegeben wurde, man benötige kurzfristig doch noch etwa 3,2 Milliarden Euro Steuergelder. Das absurde: Anscheinend hatte das Ministerium bei seinen Planungen – trotz horrenden Beratergebühren – elementare finanzielle Aspekte wie Sozialversicherungsbeiträge, CO₂-Zertifikate oder erhöhten Kosten nicht einkalkuliert. Unter anderem war es fälschlicherweise davon ausgegangen, dass die Firmen die Rückbaukosten der Terminal-Infrastruktur übernehmen würden. Im Lubmin droht nun der nächste Gau: Nachdem öffentlich bekannt wurde, dass das Schiff zur Regasifizierung des ankommenden LNG nicht in Lubmin, sondern etwa 5 Kilometer vor der Küste Rügen liegen soll, haben sich vor allem bei den auf Tourismus angewiesenen Einwohnern Rügen starke Proteste gezeigt und die Mecklenburg-Vorpommersche Landespolitik opponiert jetzt gegen die Projektgestaltung. Auch der Wurm drin.

Aktuelle Stunde „Freiheit statt Verbote – Den mündigen Bürger stärken.“

Auch bei einem anderen Projekt Habecks ist dies der Fall. Vor kurzem hatte er seine Pläne für eine drastische Änderung des deutschen Energiemarktes vorgestellt. Im entsprechenden Referentenentwurf des Wirtschaftsministeriums und des Bauministeriums zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes wird bei neuen Heizungen ein Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 65 % gefordert und der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024 damit praktisch verboten. Zudem soll auch die Betreiberlaubnis für bestehende Heizkessel mit fossilen Brennstoffen deutlich abgesenkt werden. Auch Gasheizungen, die ab dem 01. Januar 2024, etwa wegen Lieferverzögerungen, erst eingebaut werden, würden damit illegal. Zusammen mit der von der EU beschlossenen Sanierungspflicht sehen viele Hausbesitzer ihr Ersparnis wegswimmen und wissen nicht, wie sie diese Vorhaben noch stemmen sollen. Dabei ist im Rahmen überfüllter Auftragsbücher der Handwerksbetriebe, Lieferverzögerungen und eines erst im Hochlauf befindlichen ausreichenden Angebot von Wärmepumpen und dafür ausgebildeten Handwerkern gar nicht klar, wie die Vorgaben für die Bürger praktisch umgesetzt werden sollen. Dass die von Habeck forcierten Wärmepumpen energetisch aber auch rechtlich nicht in jedes Gebäude passen, kommt erschwerend hinzu. Auch bestehen verfassungsrechtliche Bedenken: Die von Robert Habeck und Bauministerin Klara Geywitz in Ausschicht gestellten Förderungen könnten aufgrund der dann bestehenden gesetzlichen Pflicht haushaltsrechtlich unzulässig sind. Auch ob das gesamte Vorhaben sogar verfassungsrechtlich zulässig ist, wird sich noch entscheiden. Denn im Zusammenhang mit der Sanierungspflicht könnte das Vorhaben unzumutbar sein und aufgrund des bestehenden CO₂-Emissionshandels auch unverhältnismäßig. Wie auch bei vielen anderen Vorhaben der Bundesregierung zeigt sich, dass viele Ideen unausgesehen ins Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Das wirkt auch ein Schlaglicht auf die chaotischen Zustände im BMWK.

Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung

In erster Lesung debattieren wir das von unserer Fraktion erarbeitete Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung. Die Sicherheit der Energieversorgung steht aktuell vor großen Herausforderungen. Insbesondere zur Vorbereitung auf den Winter 2023/2024 müssen rechtzeitig alle vorhandenen Potenziale genutzt werden. Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist eine Frage nationaler und europäischer Sicherheit und Souveränität. Der Gesetzentwurf sieht daher u. a. den temporären Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen AKWs bis Ende 2024 sowie Maßnahmen zum schnelleren Aus-

Finanzierung des Politischen Islamismus in Deutschland offenlegen und unterbinden

Der Politische Islamismus – in Kreisen der Sicherheitsbehörden auch „legalistischer Islamismus“ genannt – gibt sich vorgeründig gewaltfrei, sein Weltbild steht aber in fundamentalem Gegensatz zu Demokratie, Pluralismus und individuellen Freiheitsrechten. Der Politische Islamismus ist eine Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er ist zudem eine Last für den Großteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland, die ihre Religion ungestört und im Einklang mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ausüben wollen. Unser Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten – fokussiert sich auf die Unterbindung der Finanzierung des Politischen Islamismus in Deutschland. Wir nennen zahlreichen geeignete Maßnahmen, die von der Bundesregierung umzusetzen sind.

Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz)

Die Ampel möchte mit ihrem Entwurf zum so genannten Demokratiefördergesetz – den wir in dieser Woche erstmalig beraten - die Förderlandschaft für die Zivilgesellschaft Deutschland nachhaltig verändern. Mit dem Gesetz erfolgt eine Festlegung des Staates zur Förderung demokratiebildender Projekte. Wesentliche inhaltliche Regelung lässt der Entwurf jedoch vermissen, ein Großteil der Fördervoraussetzungen wird auf die – zu einem späteren Zeitpunkt allein vom Familienministerium zu erlassenden – Förderrichtlinien nach § 5 des Gesetzes verschoben. Eine Extremismus-/Demokratieklausel fehlt ebenfalls. Wir lehnen den Gesetzentwurf aus mehreren Gründen ab. Es fehlt nicht nur die Extremismusklausel, vielmehr entzieht sich der Großteil der Fördervoraussetzungen der demokratischen Kontrolle. Der Gesetzentwurf zum Demokratiefördergesetz enthält allenfalls Rahmenvoraussetzungen, die genauen Förderbedingungen sollen in den Förderrichtlinien festgelegt werden. Die BMFSFJ intern ausarbeitet. Daher ist zu befürchten, dass auch dieses Gesetz primär der Förderung linksgerichteter Projekte dienen soll. Hinzukommt die Befürchtung, dass durch die Art der Festlegungen eine institutionelle Förderung durch die Hintertür eintritt, die die komplette bisherige Förderlandschaft in Deutschland in Ungleichgewicht bringt und bestimmte Projekte und Institutionen einseitig bevorteilt.

IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im September 2022 sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Unsere Forderung nach einer IP-Adress-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel wurde vom Gerichtshof ausdrücklich für zulässig erklärt. IP-Adressen sind als digitale Beweismittel gerade bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet unabdingbar. Ohne Speicherpflicht sind diese digitalen Beweise – wenn eine Tat auffällt – vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. Das ist ein unerträglich hoher Zustand. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben. Bereits kurz nach dem Urteil des EuGH haben wir in unserem Antrag IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen gefordert: Bundeskanzler Scholz muss den Streit im Kabinett beenden und dafür sorgen, dass schnell eine rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen auf den Weg gebracht wird. Dabei soll der laut EuGH zulässige Spielraum ausgeschöpft werden – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Unser Antrag wurde an den zuständigen Rechtsausschuss überwiesen und wird dort seit nunmehr zehn Sitzungswochen vor der Ampelmehrheit blockiert. Deshalb debattieren wir in dieser Woche im Plenum einen Zwischenbericht zum Stand der Beratungen.

WAHLKREIS AKTUELL

Rudolf-Steiner-Schule
im Paul-Löbe-Haus

Schulbesuch aus Ottersberg

Ich habe mich sehr gefreut, die Klassen von 10. und 11. Klasse von der Rudolf-Steiner-Schule aus Ottersberg in unserem Bundestag begrüßen zu dürfen. Bei unserer kleinen Gesprächsrunde konnte ich etwas mit ihnen über unsere momentane politische Lage und Themen, die sie beschäftigen besprechen. Für welche Themen interessiert sich die Jugend in Moment und welche Auswirkungen haben die momentanen Ereignisse auf ihre Zukunft? Ich konnte Fragen zu meiner Person und meinem Werdegang, meiner täglichen Arbeit und Einschätzungen über die Zukunft beantworten. Es wurden keine Fragen oder Wünsche offengelassen und ich war begeistert von dem großen Interesse an der heutigen Politik. Besonders wichtig war es für mich, die Schülerinnen und Schüler über die Möglichkeiten unserer Demokratie aufzuklären und welche Auswirkungen die Entscheidungen des Parlaments auf ihr Leben haben. Ein großes Anliegen von mir war es auch, die Schülerinnen und Schüler für die Arbeit in Gemeinwesen zu ermutigen und sich ehrenamtlich zu engagieren.



Wümmeschule
vor historischem Versorgungstunnel unter dem Reichstag

Mit Beispielen meines Werdegangs, wie meiner Einsetzung für die Erhaltung des Freibads in meiner Jugend, konnte ich ihnen zeigen, dass jeder etwas bewirken kann, wenn er es nur schaffen will. Sie sollen ihre Stimmen nutzen, um ihre Interessen zu vertreten, ihre Meinung zu äußern und die Politik, und damit ihre Zukunft, mitzugestalten! Nicht alles klappt es immer und auch bei mir hat nicht immer alles funktioniert. Es kann nicht alles immer perfekt sein, aber es ist wichtig, wieder aufzustehen und es erneut oder weiter zu versuchen. Scheitern bedeutet nicht Aufgeben! Für mich war es von großer Dringlichkeit erneut klar zu machen, dass Streit einen großen Teil zu unserer Demokratie beiträgt und man seine Meinung vertreten soll. Durch Social-Media trauen einige Politiker sich nicht, ihre Meinung öffentlich zu vertreten, weil sie Angst vor den sogenannten „shitstorms“ haben. So geht keine vernünftige Politik! Solange kein Streit persönlich wird, sollte man überzeugende Argumente bringen, Entscheidungen hinterfragen und ungesagtes ansprechen. Denn nur so können wichtige Entscheidungen für dieses Land und unsere Zukunft getroffen werden. Vernünftige Argumentationen fangen in der Schule

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 13./14. März: Eurogruppe, Wirtschafts-/Finanzminister (haushaltspolitischen Leitlinien 2024, Inflation, wirtschaftspolitische Steuerung, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Vorbereitung, G20-Finanzministertreffen und IWF-Tagung, Ukraine)
- 13.-16. März: Reise BM Habeck und BM Özdemir nach Brasilien und Kolumbien
- 14. März: Wehrbeauftragter stellt Jahresbericht 2022 vor
- 14. März: BK Scholz empfängt aserbaidjanischen Staatspräsidenten İlham Aliyev
- 14. März: EU-KOM: Strommarktredesign, Mitteilung Migration (Grenzschutz, Rückführungen)
- 15. März: Antragsteller 200 Euro Energiehilfen für Studenten und Fachschüler
- 15. März: BK Scholz empfängt schwedischen MP Ulf Kristersson
- 15./16. März: Reise BPräs Steinmeier nach Estland

- 15.-17. März: Kultusministerkonferenz
- 16. März: Ministerpräsidentenkonferenz (Energieversorgung, -preise, -netze, Planungsbeschleunigung, Migration)
- 16. März: EU-KOM: Netto-Null-Industrie-Gesetz, Gesetz über kritische Rohstoffe, Wettbewerbsstrategie, 30 Jahre Binnenmarkt
- 16. März: Umweltministerat (Richtlinie Industrieemissionen, Zertifizierung CO₂-Entnahme, Verpackungsabfälle, kommunale Abwässer)
- 16. März: Zinsentscheidung EZB
- 17. März: Eurostat zu Inflation Februar
- 17. März: BK Scholz empfängt den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel
- 17./18. März: Reise BK Scholz nach Japan, Treffen mit MP Fumio Kishida

BÜRO BERLIN

Platz der Republik | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de